



MATERIALIEN FÜR DIE  
TEILNEHMER/INNEN

**Parlament  
gegen  
Rechts**

**8. November 1997**

**9 Uhr Demonstration**

ab Erfurt Bahnhof

**11 Uhr Parlament gegen Rechts**

Erfurt, Haus der Gewerkschaften

Juri-Gagarin-Ring 150



Parlament gegen Rechts, Erfurt 8. November 1997

---

Tel. 0361-5961394, Fax 0361-6599899

---

## ABLAUF

<b>11 Uhr</b>	<b>Eröffnung</b>		Dunckersaal
	<b>„Standortnationalismus und Sozialabbau“</b>	Prof. Dr. Christoph Butterwegge, FH Potsdam	
	Was heißt „rechts“? Warum wenden wir uns gegen die Rechtsentwicklung?		
	Kabarett	Peter Grohmann	
<b>12.30 Uhr</b>	<b>Beratung in „Kommissionen“ und „Ausschüssen“</b>		<b>READER: ab S. 2</b>
	<b>1</b> Ursachen des rechten Zeitgeistes (Podiumsdiskussion)	Christoph Butterwegge, Ludwig Elm, Gudrun Hentges	Dunckersaal
	<b>2</b> Rechtsentwicklung im Staat/Mythos „Innere Sicherheit“	Jürgen Korell	Raum 137
	<b>3</b> Totaler Markt - Neoliberalismus und extreme Rechte; Alternativen	Ralf Ptak	Raum 415
	<b>4</b> New Age/Sekten/Esotherik	Volkmar Wölk	Dunckerzimmer
	<b>5</b> Gentechnologie - Bioethik	Frank Augsten, Jörg Bansemmer	Raum 28a
	<b>6</b> Militarisierung/Außenpolitik: Die internationale Abrüstungsinitiative „FÜNF für Frieden“	Ellen Diederich	Raum 211
	<b>7</b> Aufbau rechter Strukturen in Thüringen	Carsten Hübner, AG Junge Linke, Antifa Saalfeld	IGM Club Keller
	<b>8</b> Flüchtlinge - „Kein Mensch ist illegal“	Kerstin Kracht, Roland Wanitschka, Flüchtlingsrat, The Voice, BARI	Raum 416
<b>13.45 Uhr</b>	Mittagspause		
<b>14.30 Uhr</b>	Fortsetzung der „Ausschüsse“ und „Kommissionen“		
<b>15.45 Uhr</b>	Kaffeepause		
<b>16 Uhr</b>	<b>Plenum</b>		Dunckersaal
	<b>Kabarett</b>	Peter Grohmann	
	<b>Vorstellung und Debatte zum Alternativen Umverteilungsprogramm</b>	Einleitung und Moderation: Rolf Düber	<b>Reader: ab S. 22</b>
	1. Rechtsextremismus/Neofaschismus	zu 1: Carsten Hübner; zu 2: BUND; zu 3: DGB; zu 4: Martin und Gerlinde Rambow	
	2. Zerstörerische Großprojekte		
	3. Wirtschaft/Steuern/Soziales		
	4. Rüstung		
	<b>„Auf dem Boden der FDGO?“ Politiker/innen beim Wort genommen</b>		<b>Reader: S. 28</b>
	<b>Aktuelles, Verschiedenes, Berichte aus Initiativen</b>	<u>Schwerpunkt:</u> Vorfälle in Saalfeld - Berichte von Betroffenen der Polizeieinsätze - wie weiter nach dem Verbot?	
<b>18.15 Uhr</b>	<b>Abschlußklärung mit Abstimmung und</b>		Dunckersaal
	<b>5.</b> Forderungen aus dem Alternativen Umverteilungsprogramm		<b>Reader: S. 30</b>
	<b>6.</b> Dissenz/Offene Fragen - Anforderungen an unsere weitere Arbeit		
<b>open end</b>	<b>Musik (Konserven), Café ...</b>		



# DISKUSSIONSPAPIERE FÜR DIE AUSSCHÜSSE

## Ursachen des rechten Zeitgeistes

### ReferentInnen:

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, Fachhochschule Potsdam

**Gudrun Hentges**, Mitarbeiterin MdB Ulla Jelpke

**Dr. Ludwig Elm**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Leiter des Arbeitsbereiches Rechts-, Innen-, AusländerInnen-, Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik der BTG der PDS

*Christoph Butterwegge*

### Standortnationalismus und Sozialabbau

1. Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/76, verstärkt nach der liberal-konservativen "Wende" im Herbst 1982 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, stößt der vorher zum "Modell Deutschland" emporstilisierte Sozialstaat auf eine Fundamentalkritik, die seinen Nutzen für "unsere" Volkswirtschaft bestreitet, massenhafte Leistungsmissbrauch wittert und statt einer öffentlichen "Rundumversorgung" für mehr Selbstverantwortung und private Eigenvorsorge plädiert.
2. Bei der Restrukturierung des Sozialstaates handelt es sich keineswegs bloß um einen *Ab-*, sondern auch um einen *Umbau*. Neben quantitativen sind auch qualitative Momente von Bedeutung. Marktgesetze, Konkurrenzmechanismen und Managementtechniken halten heute Einzug in Bereichen der Gesellschaft, die bisher davon weitgehend frei waren oder - wie Sozialpolitik und Soziale Arbeit - sogar ein Gegengewicht hierzu bildeten. Wettbewerb wird überall ganz groß geschrieben, ohne daß seine zum Teil zerstörerische Wirkung die nötige Beachtung fände.
3. Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition betriebene "Amerikanisierung des Sozialstaates" dürfte eine "Amerikanisierung der Sozialstruktur" (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nach sich ziehen. Zwar bilden sich hierzulande bisher nur vereinzelt Armutsettos wie in den USA, die Verelendung ganzer Regionen, die Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur und die Zunahme der (Gewalt-)Kriminalität zeigen jedoch bereits heute in dieselbe Richtung.
4. Im Rückblick scheint es fast, als sei dem Sozialstaat nach dem Sieg über den "realen Sozialismus" der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer gesellschaftlichen Systemalternative die (im kontinentalen Nordwesteuropa bislang dominante) wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsvariante der Marktwirtschaft, ironisch als "rheinischer Kapitalismus" bezeichnet, für die Herrschenden zur Disposition.
5. An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt trat ein ökonomisch-technologischer Wettkampf zwischen drei kontinentalen Wirtschaftsblöcken: Nordamerika (unter Führung der USA, mit Kanada und Mexiko in der Freihandelszone NAFTA zusammengeschlossen), Westeuropa (EU) und Südostasien (Japan mit den sog. vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) führen meist unter dem Stichwort "Standortsicherung" einen erbitterten Kampf um Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagesphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Im Zuge der sog. Triadenkonkurrenz verhärten sich die internationalen Beziehungen; drastisch erhöht sich außerdem der Konkurrenz- und Leistungsdruck im Landesinnern.
6. Die gegenwärtige Krise bzw. Erosion des Sozialen wurzelt im Prozeß der Globalisierung, durch den das Ende voneinander abgeschotteter Nationalökonomien besiegelt, die Konkurrenz universalisiert und tendenziell die ganze Welt zum Markt wird. Beim Konzept der "Standortsicherung" handelt es sich um einen System-, nicht etwa um einen Sachzwang; also keinesfalls um ein "Naturgesetz", welches sich unaufhaltsam Bahn bricht, sondern um eine gesellschaftlich bedingte und politisch gewollte Entwicklung. Die Regierungen der westlichen Industriestaaten haben bewußt auf gesetzliche Schranken (Kapitalverkehrskontrollen) für das Finanzkapital verzichtet, die Kapitalmärkte liberalisiert und die Arbeitsmärkte dereguliert.
7. Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten ergaben sich für einen liberalkonservativen "Umbau" des Wohlfahrtsstaates besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundes-

republik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit "finanziellen Lasten der Einheit" zu rechtfertigen und "Solidarität", einen historischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen. Offenbar lag es nicht nur für die sog. Neue Rechte, sondern auch für Teile der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Eliten nahe, das vereinte Deutschland im Gegensatz zur "alten" Bundesrepublik wieder als National- und weniger als Sozialstaat zu begreifen.

8. Mittels einer Skandalisierung des Leistungsmissbrauchs und Dramatisierung der anstehenden Probleme (angeblich drohender "Kollaps" der Renten- und Krankenversicherung aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung) wurde ein politisches Klima erzeugt, in dem die Kürzung für Millionen Menschen existenznotwendiger Sozialleistungen durchsetzbar war. Der im Kalten Krieg weitverbreiteten Angst vor "Unterwanderung" durch revolutionäre Sozialisten und Kommunisten folgte 1989/90 die Furcht vor einer "Überfremdung" durch Arbeitsmigrant(inn)en und "Asylanten". Systematisch wurde die Angst vor einer massenhaften Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte (Asyldebatte) und der Abwanderung einheimischen Kapitals (Standortdiskussion) geschürt.

9. Die deutsche Asyldebatte erfüllte Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktionen, indem sie die Probleme der Vereinigung genauso überdeckte wie politische Fehler und Versäumnisse der Regierung, das geistige Klima für eine Grundgesetzänderung schuf, mit der sich die Bundesrepublik gegenüber Flüchtlingen abschottete, und als Generalprobe für die Einschränkung demokratischer und sozialer Grundrechte wirkte. Die zum Teil hysterische Asyldebatte hat ihren Urheber gezeigt, wie man mittels einer über mehrere Jahre hinweg geradezu kampagnenartig geführten Mißbrauchsdiskussion das Feld für eine Rücknahme elementarer Rechtspositionen und sozialer Leistungsansprüche quantitativ durchaus bedeutender Minderheiten der Gesellschaft bereiten kann.

10. Liberal-konservative Politiker und neoliberale Publizisten nahmen den Sozialstaat argumentativ in die Zange: von der Finanzierungs- wie der Ausgabenseite. Sie geißelten die Höhe der Personalzusatz- bzw. Lohnnebenkosten als Hemmschuh für die deutsche Volkswirtschaft, durch den diese auf dem Weltmarkt zurückfalle, und den Mißbrauch von Sozialleistungen (zuerst durch Asylbewerber/innen, später auch durch einheimische Leistungsbezieher). In der Diskussion über die "Vergreisung" Deutschlands und damit vorgeblich verbundene Probleme für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wurden beide Argumentationsstränge zusammengeführt, Kosten und Leistungen des Wohlfahrtsstaates gemeinsam ins Visier genommen.

11. Erneut mußte die Demographie als Mittel politischer Demagogie erhalten: Hatte man im Rahmen der Asyldebatte die Angst vor einer "Überflutung", -bevölkerung bzw. "-fremdung" geschürt, so wird im Rahmen der gegenwärtigen Sozialstaatsdiskussion die Angst vor der Entvölkerung bzw. "Vergreisung" Deutschlands benutzt, um den (potentiell) Betroffenen drastische Leistungskürzungen plausibel zu machen. Oftmals beschworen dieselben Personen, denen das Boot seinerzeit als zu voll erschienen war, das Schreckbild einer menschenleeren Bundesrepublik herauf, in der niemand mehr das Geld für die Renten aufbringt. Statt seriöser Berechnungen, die mit mutmaßlichen Änderungen der Altersstruktur verbundene Entlastungen etwa bei der Kriegsoferversorgung sowie im Bildungs-, Kinder- und Jugendhilfebereich berücksichtigen müßten, dominieren wahre Katastrophenmeldungen, apokalyptische Visionen und soziale Horrorszenarios. Durch entsprechende Berichte in den Medien wurde der Eindruck erweckt, als müßten alle "den Gürtel enger schnallen", materiellen Verzicht üben und Reallohnverluste hinnehmen, um Deutschlands Spitzenstellung auf den Weltmärkten zu halten.

12. Ein "nationaler Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch), der um die Gunst von Großinvestoren buhlt, kann kein Wohlfahrtsstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Mit dem Sozialstaat stirbt auch die Demokratie, weil sie darauf beruht, daß sich Bürger/innen ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen.

13. Für die Rechtsextremisten, denen durch im Gefolge der Grundgesetzänderung sinkende Zahlen von Asylbewerber(inne)n die politische Munition ausging, bot sich nach lauter Mißerfolgen im sog. Superwahljahr 1994 eine Verlagerung ihrer Propaganda auf die sozialen Probleme der Ost- und Westdeutschen geradezu an, zumal ihnen die Verbindung mit dem Thema "Ausländer" im Rahmen der Armutskritik leichtfiel. Vor allem die REPublikaner sind längst keine "Ein-Thema-Partei" mehr, sondern greifen zum Teil sehr geschickt exist-

tentielle Probleme und Sorgen der Bevölkerung, etwa Arbeitslosigkeit, Mietwucher oder Wohnungsnot, auf und deuten sie nationalistisch um.

14. REPublikaner, DVU und NPD verstehen sich als "Sprachrohr" sozial Benachteiligter. Es geht ihnen nicht um die Aneignung von Problemlösungskompetenzen, sondern ausschließlich um eine Wähler/innen mobilisierende Art der Demagogie. Sowohl die DVU wie auch die REPublikaner wenden sich agitatorisch gegen "Sozialabbau" und die Kürzung staatlicher Leistungen (für deutsche Familien). Während die DVU glauben machen wollte, daß die sozialen Systeme einzig unter der Last sozial schwacher Ausländer zu kollabieren drohen, begannen die REPublikaner, sozialpolitische Fragen unabhängig von ethnischen Kategorien zu erörtern.

15. Perspektivisch hängt der Erfolg rechtsextremer Parteien primär von ihrer Fähigkeit ab, einer weiteren Entfesselung der Marktkräfte, einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates bzw. einer Verabsolutierung der individuellen Leistung das Wort zu reden und die im selben Maße wachsende Arbeitslosigkeit und Armut als Werk "sozialistischer Gleichmacherei" hinzustellen, ohne durch diesen argumentativen Spagat unglaubwürdig zu werden. Die populistische Doppelstrategie besteht darin, die "Auswüchse des Wohlfahrtsstaates" und die Entmündigung der Bürger durch die (Sozial-)Bürokratie zu beklagen wie auch Verarmungsprozesse und sinkende Unterstützungsleistungen für (deutsche) Bedürftige, kinderreiche Familien und Rentner als "Sozialabbau" anzuprangern.

16. Nicht mehr das (deutsche) Volk, sondern der (kapitalistische) Markt steht heute im Mittelpunkt rechtsextremer Wirtschafts- und Sozialpolitik: Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienste, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, mit der die Zukunft des "Standortes D" gesichert werden soll. Statt des völkischen dominiert im rechten Lager ein *Standort*-nationalismus, der die traditionelle "Sorge um das deutsche Vaterland" mit dem neoliberalen Wettbewerbswahn verbindet und den eigenen Wirtschaftsstandort aggressiv verteidigen will. Deutschland wird als ein riesiges Unternehmen begriffen, das nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit modernsten Managementtechniken betrieben werden muß.

17. Zwischen dem Neoliberalismus, der wirtschaftspolitischen Basisideologie des Marktradikalismus, und dem modernisierten Rechtsextremismus, verkörpert durch die deutschen REPublikaner unter Dr. Rolf Schlierer, aber auch Parteien wie die FPÖ eines Jörg Haider oder den Front National von Jean-Marie Le Pen, gibt es mehr substantielle Übereinstimmungen als Unterschiede. Wenn man so will, bildet die rechtsextreme Programmatik im Wirtschafts- und Sozialbereich eine radikalisierte Variante des Neoliberalismus. Wenn der "bürokratische Wohlfahrtsstaat" die Marktwirtschaft daran hindert, ihre Dynamik voll zu entfalten, wie die neoliberale Ideologie behauptet, stehen Demokratie und Parlamentarismus letztlich gleichfalls zur Disposition, auch wenn bürgerliche Ökonomen, Politiker und Publizisten vor diesem Schritt - im Unterschied zum modernisierten Rechtsextremismus - bislang zurückscheuen.

18. Je mehr die Konkurrenz in den Mittelpunkt aller zwischenmenschlichen und -staatlichen Beziehungen rückt, desto leichter läßt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Vordergründig erfolgt meist eine Stigmatisierung der Anderen; dahinter verbirgt sich aber die Konstituierung einer nationalen (Volks-)Gemeinschaft, mit der weiterreichende politische Ziele angestrebt werden. Bis zu den Sportnachrichten dominiert die Botschaft, daß man sich über Spitzenleistungen *deutscher* Mitbürger/innen, seien es Tennisstars, Boxidole oder Radrennfahrer zu freuen und ihnen auf dem eigenen Berufsfeld nachzueifern habe.

19. Die für das künftige Schicksal unseres Landes, des organisierten Rechtsextremismus und der politischen Kultur entscheidende Frage lautet: Was passiert in der nächsten Wirtschaftskrise? Wie reagiert die Mehrheit der Bevölkerung auf eine Arbeitslosigkeit, die ähnliche Ausmaße wie 1932/33 erreichen könnte, auf Massenarmut bis in den Mittelstand hinein und auf die berufliche Perspektivlosigkeit der Jugend, wenn sich gleichzeitig der Eindruck festigt, daß die parlamentarische Demokratie und ihre Parteien einander blockieren, also zu keiner Lösung der drängenden Probleme fähig sind?

20. Ausschlaggebend für Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus dürfte sein, ob es gelingt, die demokratische mit der sozialen Frage zu verbinden statt - wie es der Standortnationalismus tut - in demagogi-

scher Manier die soziale mit der nationalen Frage zu koppeln. Bürgerinnen und Bürger müssen mit den Entwicklungsalternativen konfrontiert werden, die darüber entscheiden, in was für einer Gesellschaft sie leben wollen: Soll es eine Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft sein, in der Rücksichtslosigkeit und Brutalität über die soziale Stellung der Gesellschaftsmitglieder entscheiden? Oder geht es um die Neubegründung von Solidarität als Grundbedingung für Fortschritt und Humanität? Ist ein ruinöser Wettkampf auf allen Ebenen und in allen Bereichen, zwischen Personen, Kommunen, Regionen und Staaten, bei dem Mitmenschlichkeit, Toleranz, Sozial- und Umweltstandards auf der Strecke bleiben, wirklich anzustreben? Eignet sich der Markt als gesamtgesellschaftlicher Steuerungsmechanismus, obwohl er auf seinem ureigenen Terrain, der Volkswirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, geradezu kläglich versagt?

*Ludwig Elm*

### **Bemerkungen zu Ursachen und Erscheinungsformen des rechten Zeitgeistes**

Die konservative Trendwende wurde politisch und ideologisch seit den siebziger Jahren eingeleitet. Sie wurde zu einer internationalen Erscheinung insbesondere in den kapitalistischen Hauptländern. Ein auffälliges Merkmal ist die enge und wechselseitige Verbindung der traditionsreichen konservativ-nationalistischen Grundströmung der Politik und Ideologie mit dem großbürgerlichen Neoliberalismus, der gegenwärtig einflußreichsten Richtung der Wirtschaftstheorie und -politik. In den neunziger Jahren haben die fortschrittsfeindlichen Tendenzen insbesondere auch in der BRD auffällig zugenommen.

Zu den hauptsächlichen Ursachen der Zunahme des rechten Zeitgeistes in diesem Land gehören u.a.:

- innere chronische strukturelle krisenhafte Prozesse, die sich seit den siebziger Jahren entwickelt und verschärft haben, deren schwerwiegendste Äußerung eine wachsende und hohe Massenarbeitslosigkeit darstellt, die inzwischen die Substanz des inneren Zusammenhaltes der Gesellschaft zersetzt
- spannungs- und konfliktreiche, häufig kriegerische Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien, weiteren Regionen und selbst in Europa und zunehmend militärische „Lösungsversuche“, die ihrerseits interventionistische Politikkonzepte und die sie tragende Gruppen des militärisch-industriellen Komplexes fördern
- die Rückschläge der sozialistischen, radikaldemokratischen und pazifistischen Bewegungen und die erschwerten Wirkungsbedingungen der Gewerkschaften seit 1998/99 einschließlich der andauernden Probleme ihrer Erneuerung und Bündnisse
- die seit 1990 neugewonnenen Machtpositionen und Handlungsspielräume der Bundesrepublik im Inneren und nach außen, die am entschiedensten von den rechten Gruppierungen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien artikuliert und verfolgt werden, sowie schließlich
- die damit zusammenhängende Mobilisierung der Traditionen des deutschen Konservatismus und Rechtsextremismus, insbesondere des völkischen Nationalismus, des Antiliberalismus und des militanten Antikommunismus.

Die wechselseitige Verbindung von Konservatismus und Neoliberalismus gründet sich auf die gemeinsame großkapitalistische soziale Basis und Interessenvertretung, die unsozialen und gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen und deren Instrumentarien der Deregulierung und Entsolidarisierung sowie auf demokratiefeindliche und rigoros antisozialistische Leitbilder.

Ein „Parlament gegen rechts“ muß mit seinen Analysen und Schlußfolgerungen der komplexen Herausforderung durch die konservativ-neoliberalen Führungskräfte und die hinter ihnen stehenden Gruppen der Wirtschaft, der Parteien, des Staatsapparates, der kulturellen Institutionen begegnen. Die daraus abzuleitenden antimilitärischen, sozialen und demokratischen Forderungen sind Grundlage und Prüfstein oppositioneller Bestrebungen und ihrer verschiedenen Formen von gemeinsamen Aktionen und Bündnissen.

Jürgen Korell, Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizist/innen

## Rechtsentwicklung im Staat - Innere Sicherheit

Am 24. Juni 1968 wurden die Notstandsgesetze beschlossen. Damals wurde das Grundgesetz geändert, damit die Staatsorgane zur Abwehr besonderer Notlagen ermächtigt werden können. Unter anderem sind Notstandsmaßnahmen für den inneren Notstand, also bei Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes und der Länder, vorgesehen. Mit den Notstandsgesetzen wurde eine Gesetzgebungsära eingeleitet, die den sogenannten Sicherheitsbehörden immer mehr Macht verlieh. Die Lösung gesellschaftlicher Probleme wurden seit der Mitte der 70er Jahre mehr und mehr in den Bereich der inneren Sicherheit verlagert. Die Sicherheitsorgane erhielten einen gesellschaftsanitären Auftrag, der in der heutigen Umsetzung des "New-Yorker-Modells" gipfelt.

Der Wandel im Bereich der Polizeigesetze verdeutlicht die zunehmende Aufgabenzuweisung und Aufgabenveränderung für die Polizei. Ihre herkömmliche Aufgabe die Abwehr von Gefahren war an konkrete Situationen gebunden. Den PolizeibeamtInnen war kein Einschreiten möglich, ohne daß sie dafür einen Grund angeben mußten. Die in einigen Polizeigesetzen verankerten anlaßunabhängigen Kontrollen verdeutlichen die Trendwende innerhalb der Gesetzgebung. Selbst dort, wo die anlaßunabhängigen Kontrollen nicht verankert sind, hat die Polizei die Möglichkeit, Plätze und Straßenzüge zu sogenannten gefährlichen Orten zu erklären, wo sie wiederum jedermann ohne Angaben von Gründen kontrollieren darf. Hinzu kam, daß der Gesetzgeber die Möglichkeiten der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung für die Polizei ausweitete, so daß beispielsweise die Anwendung des Großen Lauschangriffs in 15 von 16 Bundesländern möglich ist. Bremen ist die Ausnahme, bildet deshalb aber nicht eine besonders liberale Insel in dieser Republik. Gerade der Stadtstaat Bremen offenbart, welche Blüten der Sicherheitswahn treiben kann. Seit 1993 werden in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Bremen vermehrt Kontrollen von AusländerInnen durchgeführt, die im Verdacht stehen mit Drogen zu handeln. Seit 1996 gibt es eine direkte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Betreibergesellschaft der Straßenbahnen. Die Polizei nennt der Betreibergesellschaft die Daten von Personen, die mit Drogen angetroffen wurden. Daraufhin wird gegen die Personen ein einjähriges Beförderungsverbot ausgesprochen. Im Fall des Verstoßes werden Anzeigen erstattet.

Obwohl die Ausweitung polizeilicher Aufgabenbestimmungen die Rechtssicherheit und Freiheitsrechte der BürgerInnen einschränkte, erschallt nach wie vor der Ruf nach mehr Uniformen auf der Straße. Werden BürgerInnen auf die Datensammlungsmöglichkeiten, die bis in den privatesten Bereich reichen können, der Sicherheitsorgane hingewiesen, wird sehr oft erwidert: "Ich habe ja nichts zu verbergen."

Kann solch eine Einstellung als Blauäugigkeit bezeichnet werden? Oder spiegelt sich hier nicht der Wunsch nach einer geordneten Gesellschaft in einer sonst chaotischen Welt wieder? Braucht der Mensch nicht ein gewisse Sicherheit und ist es deshalb legitim, staatliche Sicherheitsbestrebungen in Frage zu stellen, ja sogar böse Absichten zu unterstellen?

Der Wunsch nach Sicherheit und Sauberkeit ist auch in liberalen Kreisen vorhanden. Gerade das zur Zeit in der öffentlichen Diskussion befindliche New-Yorker-Modell offenbart die Empfindlichkeiten. Plötzlich werden die früheren Berber zu freundlichen Bittstellern und die heutigen Bettler zu aggressiven Menschen stilisiert. Der Ungeruch in den Unterführungen und die Farbsprühereien an den Betonwänden werden zur Legitimation uniformierten Einschreitens. Es stellt sich nicht mehr die Frage nach den Gründen für das Betteln oder Sprühens sondern die vordergründige Lösung des Übels ist gefragt.

Statt der gesetzlichen Verankerung von Qualitätsbegriffen werden in den Polizeigesetzen Qualitätsbegriffe wie "Begründungspflicht", "fehlerfreies Ermessen", "Rechtsbehelfsbelehrung" oder "Schutz privater Interessen" zunehmend abgebaut. Die zunehmende Berufsunzufriedenheit bei der Polizei läßt sich trotz vielfacher interner Verbesserungen auch auf den Ruf nach umfassenderen gesetzlichen Eingriffsbefugnissen zurückführen. Diese Polizeiforderungen gingen nämlich immer mit der Aussage einher: "Ansonsten ist die Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei nicht mehr zu schaffen." Der seit Jahren erschallende Ruf verhindert einen Erfolgsausblick und kann letztendlich nur zur Frustration führen. Zumal mit den Forderungen der Polizei nach



weitreichenderen Eingriffsbefugnissen gebetsmühlenartig die alleinige Verantwortung der Polizei für eine kriminalitätsfreie und sichere Gesellschaft impliziert wird. Zurück zu einer eng begrenzten Prävention und einer klar beschriebenen Repression werden die polizeilichen Ziele deutlicher. Damit wird neben der Berufszufriedenheit bei der Polizei das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung steigen, weil letztendlich die Kriminalität eine andere Definition erhält und durch adäquate gesellschaftspolitische Maßnahmen eingedämmt werden kann.

Als die "Asylbewerberströme" Ängste bei den Einheimischen auslösten, weil die Behandlung der Flüchtlinge zu Konflikten führte, wurde kurzerhand das grundgesetzlich verbriefte Asylrecht aus den Angeln gehoben. Faktisch kaum mehr vorhanden, führte es dazu, daß die Zahlen der Flüchtlinge bis heute stetig abnehmen. Die angstauslösenden Fremden werden überwiegend an der Grenze abgewiesen. Statt Verständnis für Fluchtsituationen zu erzeugen, wurde die repressive Keule geschwungen und gleichzeitig wurden damit neue Kriminalitätsformen wie die Schleuserkriminalität geschaffen. Diese Kriminalitätsformen werden andererseits wieder als Begründung benutzt, gilt es weitreichendere Eingriffsbefugnisse zu begründen.

Ähnlich sehen die Veränderungen im Strafprozeßrecht aus. Die Schutzfunktion der Strafprozeßordnung sah vor, die Betroffenen "vor ungerechtfertigter, unverhältnismäßiger oder unzulässiger staatlicher Verfolgung zu schützen". Seit dem sogenannten deutschen Herbst wird die Strafprozeßordnung zur polizeilichen Arbeitserleichterung umgekehrt. Über Straftatbestände wie der "Kriminellen oder Terroristischen Vereinigung" sind per se besondere strafprozeßuale Maßnahmen möglich.

War es in den 70er und 80er Jahren der Terrorismus, der für die Ausweitung des politischen Strafrechts die Begründung liefern mußte und damit tausenden BürgerInnen unangenehme Ermittlungsverfahren, muß jetzt das Kürzel OK als Sesam-Öffne-Dich herhalten. Verdeckte Ermittlungen, der Große Lauschangriff und Observationen sollen der Datensammelwut der Sicherheitsbehörden dienen. Während in dieser Republik die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdiensten noch nicht offiziell stattfindet, wird der Datenaustausch über Europol praktiziert. Kaum rechtlichen Schranken versehen, können auf die bei Europol gesammelten Daten auch die Geheimdienste zurückgreifen. Die Verschmelzung der Geheimdienste mit der Polizei wird immer offensichtlicher und gleichzeitig für die BürgerInnen unübersichtlicher.

Solche Konzepte ebnen den Weg in eine Verpolizeilichung der Gesellschaft. PolizistInnen, die schon weit im Vorfeld - ohne konkreten Verdacht - einschreiten und sich für alle Probleme zuständig erklären, werden die Grenzen ihres Handelns nicht mehr erkennen und infolge unbegrenzter Machtausübung den Weg des Grundgesetzes verlassen.

Dem gilt es vehement entgegenzutreten.

*Ralf Ptak, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg*

## **Einige Gedanken zum neoliberalen Mainstream und den Folgen für die Politik der extremen Rechten**

Die Reaktion von Medien und Politik gleichen einem Ritual, wenn wieder einmal die Parteien der extremen Rechten - wie jüngst bei der Wahl zum Hamburger Abgeordnetenhaus - über 10 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnten. Aber mit der selben Geschwindigkeit mit der sich die etablierten Parteien und Verbände von DVU, Republikanern, BFB etc. distanzieren und Schaden für die Demokratie beklagen, ging man zur Tagesordnung über. Das Bedauerungsritual hielt nicht einmal eine Woche, denn schließlich fehlten der DVU als stärkster Partei der extremen Rechten bei der Hamburger Wahl um die 100 Stimmen für den Einzug in das Parlament. Keine Rechtsextremen im Parlament - Problem erledigt?

Wohl kaum. Aber die kontinuierliche organisatorische und inhaltliche Neuformierung der extremen Rechten - von der militanten Neonazi-Szene über die Strömungen der Neuen Rechten bis hin zum nationalliberalen und rechtskonservativen Lager - findet im politischen Diskurs ebensowenig Beachtung wie der direkte und indirekte Einfluß der extremen Rechten auf diesen Diskurs. Diese Ignoranz wird mit den verschiedensten Argumentationsmustern verkleistert. Während bspw. die Konservativen immer wieder ihre Totalitarismus-Ideologie bemühen und vor Extremismus von links und rechts warnen, beschäftigen sich Sozialdemokraten und Grüne mehr mit der erhofften Übernahme der politischen Macht als mit der Analyse der gesellschaftlichen Realität.

Diese Entwicklung ist nicht einfach mit der Selbstgefälligkeit der Herrschenden oder dem Machthunger der potentiell Regierenden zu erklären. Gleichzeitig geht es um mehr als die berechtigte Kritik gegenüber den Eliten in Politik, Justiz, Polizei und Wirtschaft, sie seien auf dem rechten Auge blind, denn weder in der Bundesrepublik vor 1989 noch in dem Deutschland nach 1989 gab es einen aufrichtigen antifaschistischen Konsens. Die relative Distanz der Eliten gegenüber dem Rechtsextremismus wurde erzwungen - von außen aufgrund der NS-Vergangenheit mit den daraus folgenden Beschränkungen der alten Bundesrepublik und von innen durch den emanzipatorischen Schub der Studentenbewegung. Aber seit Ende der 70er Jahre haben sich die politischen und ökonomischen Bedingungen geändert mit weitreichenden Folgen für das gesellschaftliche Klima.

Das Modell Deutschland mit seinem sozialstaatlichen Kompromiß wurde bereits am Ende der Ära Schmidt von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik abgelöst - verbunden mit den ersten Eingriffen in das soziale Netz. Diesen Prozeß forcierte die Regierung Kohl mit ihrer neokonservativen Wende, konsequent und Schritt für Schritt, allerdings ohne eine Kahlschlagpolitik à la Thatcher oder Reagan zu riskieren. Mit der Auflösung der realsozialistischen Staaten veränderte sich nicht nur das globale politische Machtgefüge, sondern auch die ökonomischen Bedingungen auf dem Weltmarkt. Die Neuaufteilung der Märkte und die Neuordnung der Machtverhältnisse im Weltmaßstab beschleunigten den Prozeß der neoliberalen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland ebenso wie die gewachsene Bedeutung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zur BRD.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesrepublik seit Anfang der 90er Jahre grundlegend 'umgekrempelt' mit fundamentalen Folgen nicht allein für die Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern auch für den Bereich der soziokulturellen Beziehungen in der Gesellschaft. Bundesregierung und Arbeitgeberverbände sowie die mit ihnen verbündeten 'think-tanks' sehen die einmalige Chance, wohlfahrtsstaatliche Prinzipien endgültig zu beseitigen und sie wollen dies verwirklichen, materiell und ideologisch. Dabei dient die Standortdebatte zur Konstruktion einer nationalen Gemeinschaft, während das Phänomen der Globalisierung instrumentalisiert wird, um mit angeblich unabwendbaren Sachzwängen die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu legitimieren.

Das zentrale Element zur Durchsetzung der neoliberalen Politik ist der Markt. Er soll an Stelle gestaltender Politik die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen steuern. Das Bekenntnis zum Markt als entscheidende gesellschaftliche Kategorie impliziert einen Gerechtigkeitsbegriff, der ausschließlich auf der indi-



viduellen Leistungsfähigkeit basiert. Zugleich behauptet die neoliberale Theorie, der Markt sei ein unpersönlicher Prozeß, der Interessenpolitik zugunsten bestimmter Gruppen in der Gesellschaft ausschließen würde. Tatsächlich sprengt das neoliberale Projekt das soziale Gefüge der Gesellschaft: Es diskriminiert soziale Gerechtigkeit und das Gleichheitsprinzip, es reduziert Freiheit auf die Freiheit des Marktes und damit auf die Produktionsmittelbesitzer und es setzt an die Stelle von Solidarität und Zärtlichkeit zwischen den Menschen Konkurrenz und brutalen Sozialdarwinismus.

Es liegt nahe, daß die extreme Rechte diesen Trend aufgreift und für sich politisch nutzen will. Dabei sind zwei Tendenzen festzustellen: Zum einen widmet sich das gesamte Spektrum der extremen Rechten seit Anfang der 90er Jahre zunehmend sozial- und wirtschaftspolitischen Themen. Es geht dabei offensichtlich um den Versuch, aus der sozialen Krise Kapital zu schlagen. Sozialdemagogie und Rassismus sind die gängigen Raster dieser Politik. Zum anderen gehen Teile der extremen Rechten weiter, indem sie wie bspw die Republikaner oder der BFB nicht nur die Auswirkungen der neoliberalen Politik zu nutzen suchen, sondern den Neoliberalismus ideologisch adaptieren. Sie bieten sich an als radikale Vollstrecker des allgemeinen gesellschaftlichen Trends und passen zu diesem Zweck ihre programmatischen Aussagen an, selbst um den Preis der Aufgabe 'traditioneller' Ideologeme. Diese Strategie bietet sich an, denn die neoliberale Theorie und Praxis ist sowohl asozial und kapitalfreundlich, aber auch autoritär und undemokratisch und nicht zuletzt sozialdarwinistisch sowie rassistisch in einer kulturellen Spielart.

Wer mehr lesen will:

Herbert Schui / Ralf Ptak / Stephanie Blankenburg / Günter Bachmann / Dirk Kotzur,

**Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte,**

Knauer-Verlag, München 1997 (16.80 DM)

Volkmar Wölk

## Im Supermarkt der Heilsversprechungen

### Thesen zur Esoterik

Es gibt keine demokratische Esoterik. Da es sich bei ihr um ein angebliches Geheimwissen handelt, wird es stets Menschen ohne Erkenntnis oder Zugang zu den „tatsächlichen Zusammenhängen“ geben, solche, die sich auf eine niedrigen Erkenntnisstufe befinden, und solche, die bereits weiter emporgestiegen sind. Das Führerprinzip ist ihr deshalb immanent, ebenso wie alle Möglichkeiten und Formen des Mißbrauchs, die mit diesem in Zusammenhang stehen. Konflikte in dieser Hierarchie der Erkenntnis können nie konsensual, sondern stets nur in der Form des Bruchs, der Unterwerfung oder des Ausschlusses gelöst werden. Die einzig erfolgversprechende Form des Aufbegehrens gegen den jeweiligen Führer besteht in der Behauptung über anderes, bisher noch nicht erschlossenes Geheimwissen zu verfügen, das in Widerspruch zum bisherigen Dogma steht oder von diesem in zentralen Punkten abweicht. Dies ist nur möglich für Personen auf einer bereits hohen Rangstufe, da nur bei ihrem behaupteten Erkenntnisstand eine solche Behauptung glaubhaft sein und eine ausreichende Anhänger<sup>innen</sup>zahl gesammelt werden kann. Ist dies der Fall, dann vollzieht sich ein Schisma, ein zusätzliches Produkt wird im Supermarkt der Esoterik angeboten.

Esoterik steht in einem grundsätzlichen Widerspruch zur Rationalität. Dies gilt auch dann, wenn Erkenntnisse der Wissenschaften, vorzugsweise der Naturwissenschaften, ausdrücklich in das eigene Weltbild eingebaut werden. Im Gespräch mit Anhänger<sup>innen</sup> esoterischer Glaubensformen werden wir, bei aller logischen Kohärenz und theoretischen Stringenz, die das Lehrgebäude ansonsten haben mag, an einen Punkt stoßen, an dem der rationale Diskurs durch die Aussage unmöglich wird, daß eine bestimmte Aussage nicht erklärt werden könne, sondern erfahren werden muß. Während in der Spiritualität der Glaube als Voraussetzung des Heils in der Regel ausreichend ist, wird dem in der Esoterik die Erfahrung, Offenbarung oder Einweihung hinzugefügt, die weder übertragbar noch erklärbar ist.

Esoterik bestreitet stets die Erkennbarkeit und Erklärbarkeit der Welt durch die einzelnen Menschen. Auch bei den Eingeweihten, den spirituellen Führern wird stets ein Rest Unwissen in Bezug auf die „tatsächlichen Zusammenhänge“ verbleiben, der sie von den höheren, nicht-menschlichen Wesenheiten trennt, die auch ihnen noch übergeordnet sind und die allein im Besitz der völligen Wahrheit sind. Oftmals wird allerdings auch bei diesen noch eine Hierarchie behauptet, um die Naturgegebenheit von Hierarchien zu unterstreichen.

Eine solche Form der Weltanschauung neigt stets zu Verschwörungsmythen, denn wenn die Welt nicht grundsätzlich erklärbar und durchschaubar ist, wenn es höhere Wesenheiten gibt, die unser Geschick bestimmen, dann liegt der Gedanke an geheime Mächte im Hintergrund nahe, deren Wirken durch Uneingeweihte nicht erkannt werden kann und die das Schicksal der Menschen bestimmen, indem sie sie wie Marionetten an Fäden führen, ohne daß diese sich dessen gewahr werden. Solche Verschwörungsmythen können sich je nach Zielgruppe und/oder gesellschaftlichem sowie regionalem Umfeld mit rassistischen/antisemitischen Inhalten („Protokolle der Weisen von Zion“) oder auch scheinbar antikapitalistischen Elementen (Bilderberger, Trilaterale Kommission) verbinden.

Esoterische Anschauungen treten gegenwärtig nur noch selten in einer „reinen“ Form auf. Oftmals verbinden sie sich mit anderen anti-rationalen Vorstellungen wie die UFOlogie oder dem Channeling, wobei jeweils geistig und technisch höhere entwickelte Wesen aus dem Weltall die Rolle der bisherigen Götter/Geister/Weisen übernehmen. Ökologische und naturreligiöse Vorstellungen bilden dabei eine als widerspruchsfrei begriffene Symbiose mit einer absoluten Technikgläubigkeit und der Vorstellung, daß alles machbar sei. Ein universalistischer Ansatz, der behauptet, die umfassende Lösung für alle Probleme überall auf der Welt zu verfügen wird dabei ergänzt durch die Überzeugung, daß es gerade das Besondere sei, das ausschlaggebend sei. Der einzelne Mensch, der lokale/regionale Ansatz bilden das zentrale Moment. Jeder Mensch macht sich seine Probleme selbst und ist für deren Lösung verantwortlich; jede Region trägt das Potential zur Lösung ihrer Probleme in sich selbst, wenn sie zu ihren (spirituellen) Wurzeln und zu ihrer Identität zurückfindet. Die erkenntnistheoretischen Bezüge der Esoterik sind deshalb der Nominalismus und der Konstruktivismus.

Wenn auch noch immer fast alle esoterischen Gruppierungen und Lehrmeinungen auf das historische Vorbild der Theosophie zurückgeführt werden können, so wird doch ein Synkretismus bei der Entstehung neuer Gruppierungen immer deutlicher. Elemente verschiedenen Strömungen werden zusammengemixt zu einem neuen Cocktail. Oftmals vollzieht sich dies auch als individueller Vorgang, wobei der einzelne Mensch sich aus unterschiedlichen Quellen mit dem versorgt, was ihm selbst brauchbar erscheint. Die Tendenz geht dahin, daß es ebenso viele esoterische Richtungen wie Anhängerinnen der Esoterik gibt. Aber auch dort, wo fest Gruppenstrukturen bestehen, geschieht die Integration der Suchenden nicht in Form einer Gehirnwäsche, sondern vielmehr als eine Selbstindoktrination, die die Anerkennung innerhalb der Gruppe sichern bzw. den Status in ihr erhöhen soll. Da es sich fast ausschließlich um Suchende handelt, deren spirituelle Leere vervollständigt wird durch psychische Probleme, werden häufig Symbiosen der Esoterik mit psychotherapeutischen Ansätzen kombiniert, was die Rolle des jeweiligen Führers noch zusätzlich stärkt, da dieser dann nicht nur Guru, sondern gleichzeitig auch Heiler ist. Die Auswahl der künftigen Gruppe erfolgt in der Regel relativ zufällig (Präsenz vor Ort, Zeitungsanzeige o.ä.) oder durch Einführung durch Bekannte (was deren Status in der Gruppe wiederum erhöht).

Esoterische Gruppierungen sind grundsätzlich auf möglichst hohen materiellen Ertrag orientiert, auch wenn sie das einzelne Mitglied zur Armut und Enthaltbarkeit auffordern. Da von der Durchsetzungsfähigkeit der eigenen Gruppe letztlich die Rettung der ganzen Welt abhängt, müssen dafür auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Beschaffung dieser Mittel ist deshalb eine wesentliche Aufgabe für jedes Mitglied. Die Verfügung über die Finanzen obliegt dabei ausschließlich der jeweiligen Gruppenspitze, da allein sie die notwendige Erkenntnis besitzt, welche Ausgaben in welcher Höhe und wofür sinnvoll und notwendig sind. Es versteht sich von selbst, daß in diesem Zusammenhang auch ein höheres persönliches Einkommen und Vermögen der Menschen an der Spitze der Hierarchie als notwendig und gerechtfertigt hingenommen wird.

Durch all diese o.a. Elemente vollzieht sich notwendig ein zunehmender Bruch der Gruppenmitglieder von ihrem bisherigen sozialen Umfeld, das nunmehr zur feindlichen Außenwelt gerechnet wird. Rationale Argumente der Außenwelt sind grundsätzlich unwirksam. Dies erschwert in der Konsequenz einen möglichen Ausstieg selbst dann erheblich, wenn der/die Betreffende die Gruppe eigentlich verlassen möchte, da sich nach einiger Zeit sein gesamtes „wirkliches“ Leben in ihr vollzieht und sie zu seiner Welt geworden ist.

## Gentechnologie - Bioethik

### Referenten:

**Frank Augsten**, Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen

**Jörg Bansemer**, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben

*Dr. Frank Augsten*

### Thesen- und Diskussionspapier zum Arbeitskreis 5 - **Gentechnologie**

Die Gentechnologie erhitzt die Gemüter. Vor allem jetzt, da sie sich anschickt, die Verborgenheit der Labore und Gewächshäuser zu verlassen.

„Die Gentechnik ist eine wichtige Zukunftstechnologie. Ohne Gentechnik werden Arbeitsplätze verloren gehen. Ohne Gentechnik käme Ökologie zu kurz. Ohne Gentechnik ist keine ausreichende Nahrungsversorgung der wachsenden Weltbevölkerung bei gleichbleibenden Produktionsflächen möglich.“ Soweit Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in der vor einem Jahr herausgegebenen Broschüre seines Ministeriums „Warum wir die Gentechnik brauchen“.

Die KritikerInnen halten dagegen: Angesichts der unvorhersehbaren und nicht beherrschbaren Risiken relativieren sich die Chancen der Gentechnik. Gentechnik ist in ihrer Gesamtheit unökologisch. Als Hochtechnologie wird sie mehr Arbeitsplätze vernichten als neue entstehen werden. Und sie schürt Hoffnungen nach ewiger Jugend, Gesundheit und Schönheit; der erste Schritt in Richtung Frankensteins Monster, dem „Menschen nach Maß“, ist getan.

Thüringen fällt auf in der Gentechnik-Debatte. 1994 der erste Freisetzungstandort (Friemar) im Osten Deutschlands. 1996 die erste erfolgreiche Verhinderung einer Freisetzung (Hohlstedt) in Ostdeutschland und eine der wenigen in Deutschland überhaupt. Aber auch Vorreiter in Sachen BioRegio (Jena), der Trostpreis im gleichnamigen Wettbewerb hat seine Wirkung nicht verfehlt. Und am 06./ 07. November diesen Jahres schließlich die Umweltministerkonferenz zum Thema Bio- und Gentechnologie in Erfurt...

Im Rahmen des **Parlaments gegen Rechts** wollen wir die Gentechnik auf den Prüfstand heben und Chancen und Risiken diskutieren. Folgende Fragen/Thesen sollen dabei im Vordergrund stehen:

1. Wieviel hat Gentechnik mit Biotechnik zu tun?
2. Gibt es Unterschiede in der Bewertung der Gentechnologie in den verschiedenen Anwendungsbereichen?
  - Grüne Gentechnologie (Landwirtschaft/Nahrungsmittel)
  - Graue Gentechnologie (Mikroorganismen, Enzyme,...)
  - Rote Gentechnologie (Humanmedizin)
3. Welche Erfahrungen brachten drei Jahre Widerstand gegen Freisetzungen von GMOs in Thüringen?
4. BioRegio-Standort Jena: Wirtschaft contra Ökologie?

Die Ablehnung der Gentechnik findet auf der Mahner-Seite breiten Konsens, wenn es um die sogen. Grüne und Graue Gentech geht. Anders im Bereich Humanmedizin, in dem es unter den KritikerInnen zum Teil sehr kontrovers geführte Diskussionen gibt.

5. Wie weit darf der Wunsch nach Heilung und Unversehrtheit gehen?
6. Die „Vermeidung von behinderten Leben“ durch Pränataldiagnostik und Keimbahntherapie - die neue Eugenik?

## 7. *Human Design* - Panikmache oder ernstzunehmende Verlockung?

Letztendes bleibt die Frage: Kann die Menschheit darauf vertrauen, daß Wissenschaft und Politik ihrer Verantwortung gerecht werden? Mit der Gentechnologie kann viel Geld, ungeheuer viel Geld verdient werden. Bis jetzt war dies allein Garant für den Mißbrauch irgendeiner „Erfindung“ oder Entwicklung des Menschen.

**Was den Chancen recht ist, ist dem Risiko billig.** Insofern ist es vielleicht müßig, die Gentechnik als gut oder schlecht abzustempeln. Es reicht, zu wissen, daß der Mensch mit Sicherheit nicht nur gut ist...

Ich freue mich auf die Diskussion am 08. November !

Erfurt, 03.11.97

Jörg Bansemer

### **Diskussionspapier des Landesverbandes „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben“ in Thüringen e.V., Kastanienstraße 09, 07747 Jena**

„Wir haben gesehen, daß die Zugehörigkeit eines menschlichen Wesens zur Spezies *Homo sapiens* allein keine Bedeutung dafür hat, ob es verantwortlich ist, es zu töten; entscheidend sind vielmehr Eigenschaften wie Rationalität, Autonomie und Selbstbewußtsein. Mißgebildete Säuglinge haben diese Eigenschaften nicht. Sie zu töten. Kann daher nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen....

Im Gegenteil es gibt wie wir sahen, starke Gründe dafür, das Leben von Personen über das Leben von Nichtpersonen zu stellen. So scheint es, daß etwa die Tötung eines Schimpansen schlimmer ist als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist...

Der Kern der Sache ist klar, die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht...

Einige Behinderungen verwandeln das normalerweise freudige Ereignis der Geburt in eine Bedrohung für das Glück der Eltern und anderer Kinder, die sie vielleicht noch bekommen werden...

Betrachtet man neugeborene Kinder als ersetzbar, wie wir jetzt Föten als ersetzbar halten, so hätte das gegenüber der Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) mit nachfolgender Abtreibung beträchtliche Vorteile. Die Aminozentese kann nur einige wenige Abnormalitäten aufdecken und nicht unbedingt die schlimmsten. Gegenwärtig können Eltern nur dann darüber entscheiden, ob ihr behinderter Abkömmling erhalten oder vernichtet werden soll, wenn die Behinderung während der Schwangerschaft entdeckt wird. Es gibt keine logische Grundlage dafür, die Entscheidung der Eltern allein auf derartige Behinderungen zu beschränken. Würde man behinderte Neugeborene bis zu etwa einer Woche oder bis zu einem Monat nach der Geburt nicht als Wesen betrachten, die ein Recht auf Leben haben, dann könnten wir unsere Entscheidung auf der Grundlage eines weitumfassenderen Wissens über den Zustand des Kindes treffen, als das vor der Geburt möglich ist....

Diese Aussagen entstammen dem anerkannten Bioethiker Dr. Peter Singer aus Australien. Er meint weiter.....

„4. Personalität und Selbstbewußtsein entwickeln sich erst im ersten Lebensjahr, bei behinderten Kindern (etwa mit Down.-Syndrom) nur rudimentär oder gar nicht. Infantzid (Kinderstörung), insbesondere die Tötung behinderter Kinder (durch Nahrungs-/Therapieentzug oder Medikamente) ist daher zulässig...

5. Die Tötung von Kranken, auf die die Kriterien für menschliche Personalität wegen Krankheit, Unfall, Alter dauerhaft nicht mehr zutreffen, ist zulässig...“

Zentrale Voraussetzungen dieser Argumentationskette, die die „Praktische Ethik“ durchzieht, ist die christlich - jüdische Moralvorstellung von der Untastbarkeit des Lebens ist in der heutigen Zeit überholt. Da der Mensch nicht mehr als Ebenbild Gottes betrachtet wird, ist eine andere „rationale“ Ethik gefragt, die das Lebensrecht des Menschen nicht schützt, sondern aufgrund bestimmter Qualitäten, die er haben muß, um als Person zu gelten. Singer definierte sie wie folgt: das Bewußtsein von sich selbst als Person, ein Bewußtsein von Vergangenheit und die Möglichkeit, die Zukunft handelnd zu planen, sind für ihn wesentliche Werte, die Persönlichkeit ausmachen. Das Leben aller Wesen, die diese Eigenschaften überhaupt nicht, noch nicht oder nicht mehr besitzen (Kleinkinder, Geistigbehinderte, verwirrte alte Menschen) steht zur Disposition.

Singer bietet durch seine Umdefinition eine überraschend einfache Lösung: Ein neugeborener Mensch hat weder ein Bewußtsein von sich selbst noch von Vergangenheit und Zukunft, er kann also „aufgegeben“ werden. Wie eine der beschönigenden Bezeichnungen Singers für Töten heißt. Das nach dieser Logik jedes Kind, das nicht recht gefällt, „zurückgegeben“ (Variation von „aufgegeben“) werden kann, führt Singer nicht weiter aus. Erst bei der Erörterung der Lebensqualität behinderter Kinder kommen seine Kriterien wieder voll zur Anwendung. Er setzt voraus, daß ein Weiterleben von Kindern mit Down-Syndrom, Spina bifida (offener Rücken) nicht in deren Interesse oder dem ihrer Eltern wäre. Eltern wünschten mit der Geburt für sich ein Mehr an Glück. Ein behindertes Kind stört dieses Glück, hätte selbst keine Aussicht auf Glück und stände einem weiteren Kind mit besseren Aussichten im Wege.

Nun sind Down-Syndrom und Spina bifida Behinderungen, die sich zum Teil bei vorgeburtlichen Untersuchungen nachweisen lassen. In den Fällen, wo das nicht möglich ist, findet Singer es nur logisch, die Selektion nach der Geburt stattfinden zu lassen.

Ich setze einmal voraus, daß Singer keine Kenntnis vom Leben behinderter Menschen hat, seine Grundannahme: behindertes Leben=Unglück, nichtbehindertes Leben=Glück spricht dafür.

Auf Einwände von Behinderten argumentiert er, es wäre doch für sie ein Vorurteil, wenn Schwerstbehinderte getötet würden, weil die eingesparten Mittel ihnen zugute kommen könnten.

Singers gesamtes Konzept ist nicht unbeeinflusst im stillen Kämmerchen entstanden. Als Leiter des Instituts für Bioethik hat er seit einigen Jahren eine Professur an der australischen Monash-Universität, die einen weltweiten Ruf auf Grund früherer Erfolge in der Reagenzglasbefruchtung hat. Forschung die mit dem menschlichen Leben zusammenhängt, wird heute stärker als früher nicht nur auf ihre Machbarkeit, sondern auf ihre ethische Rechtfertigung hin beurteilt. Das Ziel einer Schaffung qualitätsgeprüfter Menschen bzw. einer leichten Verfügbarkeit von Embryonen zur weiteren Forschung braucht Rechtfertigungen, die sich radikal abwenden vom solidarischen Annehmen „ungenormter“ Lebensformen.

Wie sie ja wissen, ist die Europäische Bio-Medizin-Konvention im April diesen Jahres von 21 Mitgliedsstaaten unterzeichnet worden und damit europäisches Völkerrecht geworden. In Deutschland wird zur Zeit die Diskussion geführt, ob sie unterzeichnet und ratifiziert werden soll.

Wir sehen trotz gewisser Veränderungen im Text auch in der verabschiedeten Fassung unsere wesentlichen Kritikpunkte - fremdnützige Eingriffe an einwilligungsfähigen Menschen - nicht berücksichtigt und möchten gegenüber der Bundesregierung und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unsere Besorgnis bekräftigen.

Bestärkt werden unsere Bedenken hinsichtlich einer Sogwirkung „weicherer“ gesetzlicher Regelungen, als sie in Deutschland gelten, durch eine Stellungnahme der Zentralen Ethik-Kommission bei der Bundesärztekammer vom April dieses Jahres: Die Umsetzung der dort gemachten Vorschläge würde sehr wohl Gesetzesänderungen in Deutschland erforderlich machen.

Im allgemeinen überwiegen für uns die kritischen Bedenken und Fragen. Eine zusätzliche Schutzwirkung für nicht-einwilligungs-unfähige Personen vermögen wir in der Stellungnahme der Zentralen Ethik-Kommission bei der Bundesärztekammer nicht zu erkennen. Wir fordern daher die Verantwortlichen auf, diese Stellung-



Parlament gegen Rechts, Erfurt 8. November 1997

---

nahme zurückzuziehen und die Argumente der forschenden Ärzteschaft in den allgemeinen politischen Entscheidungsprozeß über Unterzeichnung und Ratifizierung der europäischen Bio-Medizin-Konvention durch Deutschland einzubringen, um den Anschein zu vermeiden, einer Änderung gesetzlicher Regelung in Deutschland das Wort zu reden.

Der europäische Bio-Medizin-Konvention geht es um mehr als um Blutuntersuchungen!



*Ellen Diederich, Internationales Frauenfriedensarchiv e.V., Oberhausen*

## **Fünf für Frieden**

19989 fällt die Mauer. Das lang gehegte Feindbild Ost-West zerfällt. Der sogenannte Kalte Krieg, war, zumindest für die Länder der 2/3 Welt immer ein heißer. Die reichen Länder geben die Ressourcen der Welt, die für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung da sein sollten, für Waffen aus. Sie sind damit in erster Linie für den täglichen Tod von 40.000 Kindern in der 2/3 Welt verantwortlich.

Unmittelbar nach dem Fall der Mauer beginnt der Golfkrieg und der im ehemaligen Jugoslawien. Beide Kriege müssen dafür herhalten, die Bedeutung des militärisch industriellen Komplexes aufrechtzuerhalten. Im Golfkrieg wird begonnen, neue Feindbilder zu entwickeln. Sadam Hussein, die arabische Welt, der Fundamentalismus. Jugoslawien wird zum größten Waffenmarkt der Welt. Trotz Embargo werden für Milliarden Dollar Waffen geliefert. Von sehr vielen waffenexportierenden Staaten, die dann später die „guten Soldaten“ der NATO dort hin schicken, um „Ordnung“ zu schaffen.

In den Jahren 1990 bis 1994 beträgt das NATO Budget 2.436.651.000.000 (knapp zweieinhalb Billionen) US Dollar. Das Jahresbudget der Vereinten Nationen für alle Arbeiten, einschließlich der friedenssichernden Maßnahmen ist gleich dem Tagesetat der NATO. Die NATO ist das reichste Militärbündnis der Menschheitsgeschichte.

Welche Möglichkeit gibt es, verantwortungsvoll und gut überlegt Abrüstungsschritte vorzuschlagen?  
Welche Aufgaben sind dazu notwendig?

Eine der Ideen ist das Konzept: Fünf für Frieden, das vom Rüstungsinformationsbüro Freiburg entwickelt worden ist. Jährliche Reduzierung der Militärhaushalte um fünf Prozent, das Geld konzentriert eingesetzt für Abrüstungsschritte, für Konversion, für Friedenserziehung, für Erziehung zur Gewaltfreiheit und andere Möglichkeiten, Frieden zu stiften.

Wir wollen versuchen, diese Idee zu verfolgen und konkrete Ideen entwickeln, wie dieser Vorschlag umgesetzt werden kann.

Internationales Frauenfriedensarchiv e.V., Oberhausen  
Lothringer Str. 64  
46045 Oberhausen  
Tel.: 0208/ 853607  
Fax: 0208/ 853716

*Carsten Hübner, PDS Landesvorstand Thüringen, Innenpolitischer Sprecher*

## **„Aufbau rechter Strukturen in Thüringen, bes. Saalfeld“**

### **1. Einführung:**

- a) Überblick rechte Aktivitäten und Straftaten Thüringen - Vergleich BRD
- b) Überblick rechte Gruppierungen in Thüringen - Unterschiede und Gemeinsamkeit
- c) Versuch einer allgemeinen Bewertung

### **2. Braunzonen-Spektrum:**

- a) Burschenschaften, DSU, BdV und andere Organisationen des „bürgerlichen Lagers
- b) REP und DVU - rechtsextreme Parteien des „bürgerlich“ orientierten Lagers
- c) NPD - Scharnier zwischen dem militanten und dem „bürgerlichen“ Lager - Aktivposten neonazistischer Mobilisierung in Thüringen

### **3. Militante Neonazi-Szene:**

- a) Die Nationalen - militanten Neonazi-Partei im Kameradschaftsspektrum
- b) Anti-Antifa Ostthüringen/ Thüringer Heimatschutz - Beispiel für die Umsetzung neuer Organisationsmodelle in der militanten Neonazi-Szene mit bundesweiter Bedeutung

### **4. „Unorganisierte“ Neonazi-Szene:**

- a) rechte Skinheads - CD's, Konzerte und Fanzines als Mobilisierungsforen und Möglichkeiten der Finanzierung neonazistischer Aktivitäten
- b) Rechte Orientierungen bei jungen Leuten am Beispiel einer Gewerkschafts-Studie und von Umfragen in anderen Bundesländern
- c) Kurzer Exkurs - Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

### **5. Antifaschistischen Mobilisierung**

- Möglichkeiten und Wege - Basisarbeit - Bündnisarbeit - Runde Tische - informationelle und handlungsorientierte Vernetzung

### **6. Saalfeld - Verbot einer Bündnis-Demonstration**

- offene Mobilisierung gegen eine antifaschistische Demonstration - wie rechts ist der Konsens? - Lehren für die Zukunft

## Flüchtlinge - „Kein Mensch ist illegal“

### ReferentInnen:

**Kerstin Kracht**, Ausländerbeauftragte des evangelischen Kirchenkreises Erfurt

**Roland Wanitschka**, Offener Flüchtlingsrat Thüringen

NN, The Voice

NN, BARI

*Roland Wanitschka*

### **Diskussionspapier zum Ausschuß**

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht, suchen Schutz in anderen Staaten und Territorien. Laut UNICEF gehören allein 20 Millionen Kinder dazu. Die meisten von ihnen fliehen innerhalb ihrer Länder und in angrenzende Staaten. Die wenigsten Flüchtlinge gelangen in die reichen Länder. Rein statistisch gesehen kommen in die BRD die meisten von ihnen aus Bürgerkriegsländern und Ländern mit politischer Verfolgung und in denen gegen die Menschenrechte verstoßen wird. Hauptherkunftsländer sind die Türkei und Jugoslawien. Flüchtlinge sind in der BRD und in Europa unerwünscht. Und für Flüchtlinge, die sich bereits in Europa aufhalten, wird es immer schwieriger, als Asylsuchende anerkannt zu werden und/oder einen Aufenthaltstitel zu erhalten. In 1996 wurden in der BRD von 194.451 Asylbewerbern nur 14.389 anerkannt, das sind 7,4%. Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern sind an der Tagesordnung, so wurden 1993 - 39.030, 1994 - 44.066 und 1996 - 30.252 Menschen abgeschoben.

Von einem Schutz für Flüchtlinge kann kaum noch gesprochen werden, sondern es geht mehr und mehr um den „Schutz“ Europas vor Flüchtlingen. Viele von ihnen können besonders nach der Asylrechtsänderung von 1993 nur noch illegal in die BRD einreisen und hier leben. An den Grenzen findet eine massive Aufrüstung statt, hierfür haben die EU-Staaten in den letzten Jahren ca. 4 Milliarden DM investiert, die Zusammenarbeit der verschiedenen Polizeien wird intensiviert, das System der Visums- und Transitvisumpflicht wird ebenso perfektioniert wie das der unüberschaubaren Anzahl von Rücknahmeabkommen, der Ausbau der Internierungslager in den Grenzbereichen ist mit der gesetzlichen Absicherung von Zurückweisungsmöglichkeiten verbunden und die Kontrollen im Innern der europäischen Staaten werden ausgebaut. Dies geht zunehmend mit der Verunglimpfung von Nichtdeutschen durch Politiker und Medien als „Sozialschmarotzer“ und „Kriminelle“ einher. Am 14.10.1997 haben die Innenminister von fast 40 Staaten auf einer Konferenz die illegale Einwanderung als „Bedrohung für die Sicherheit der europäischen Länder“ eingestuft und einen Katalog gegen illegale Einwanderung verabschiedet. Sie fordern alle Staaten auf, das Einschleusen als schwere Straftat einzustufen und illegale Grenzübertritte mit abschreckenden Sanktionen zu bestrafen. Da sich an den Gründen für Flucht und Vertreibung nichts geändert hat, werden kaum weniger Flüchtlinge versuchen nach Europa zu kommen. Dementsprechend wächst die Zahl derjenigen die illegal in Europa leben müssen. Die sind zum einen Menschen, die kein Asylverfahren bekommen bzw. deren Asylantrag abgelehnt wurde und zum anderen diejenigen, die illegal einreisen. Die Zahl der „Illegalisierten“ wird für die EU auf 3 bis 4,5 Millionen und für die BRD auf eine halbe Million geschätzt. Diese Menschen leben in einem absolut rechtlosen und ungesicherten Zustand und mit der daraus resultierenden erpresserischen und zum Teil sklavenähnlichen Abhängigkeiten. Wer in diesen rechtlosen Strukturen überleben muß, der lebt unter Bedingungen absoluter Gesetzlosigkeit, hat ständige Angst vor Verhaftung und Denunziation und kann sich nicht einmal auf legale Weise gegen Straftaten wehren, die sich gegen ihn selbst richten.

Am 28.06.1997 wurde in Kassel von mehr als 30 Gruppen und Organisationen aus dem autonomen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Spektrum, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ gestartet. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, der Hetze gegen „Illegalisierte“ praktische Solidarität entgegenzusetzen und damit politisch in die Offensive zu gehen. Sie soll bereits bestehenden Projekten politische Rückendeckung geben.

## Aufruf

### **Kein Mensch ist illegal**

*„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“  
(Elie Wiesel)*

MigrantInnen und Flüchtlinge sind in Europa unerwünscht. Nachdem es für sie nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg hierher zu fliehen, einzureisen oder einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch „illegal“ möglich und nicht selten mit tödlichen Gefahren verbunden. „Illegal“ wird, wer bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist. Systematisch werden die verbliebenen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert. So wird eine immer größere Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen.

Grenzen trennen nicht mehr nur Territorien, Grenzen trennen Menschen. Grenzen verlaufen überall: im Sozialamt wie auf dem Bahnhof, in der Innenstadt wie an der Staatsgrenze. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden.

In entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status zu leben, bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdeckung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Es bedeutet Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheiten, Unfällen oder Übergriffen. Es bedeutet auch, soziale Kontakte fürchten zu müssen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung anfangen. Es bedeutet, ständig auf der Hut zu sein.

Im Kampf gegen Rassismus wird es immer wichtiger, MigrantInnen in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung und für ihr Recht, überhaupt Rechte zu haben, politisch und praktisch zu unterstützen.

Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.

Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.

**Denn kein Mensch ist illegal.**



FORDERUNGEN  
FÜR EIN ALTERNATIVES  
UMVERTEILUNGSPROGRAMM

## Vorschläge des BUND Thüringen für ein Umverteilungsprogramm

1. **A 38 „Südharz-Autobahn“ Göttingen-Halle:**  
Neubau Bundesautobahn 180 km, davon in Thüringen 76 km  
geschätzte Gesamtkosten: 1.617 Mio. DM (BMV 1992)  
Alternativen: Ausbau der bestehenden Bahnlinie Göttingen-Halle (erfolgt bereits im Rahmen des BVWP als VDE) sowie von Ortsumgehungen im Zuge der Bundesstraße 80
2. **„Thüringer Wald-Autobahn“: A 71 Erfurt/Schweinfurt und A 73 Suhl-Lichtenfels**  
Neubau Bundesautobahn 223 km, davon in Thüringen 129 km  
geschätzte Gesamtkosten: 2.237 Mio. DM (BMV 1992); realistische Schätzung: 5,5 Mrd.  
(Planungsgruppe Nord, 1994)  
Alternative s. Anlage der PGN/B 90: Gutachten zu Alternativen zur Thüringer-Waldautobahn“
3. **ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt-Berlin**  
Neubau ICE-Strecke 514 km, davon in Thüringen 114 km  
geschätzte Gesamtkosten: 12.400 Mio. DM (BMV 1992), 13,7 Mrd. (BMV, „Dreijahresplan Schiene“, 1995)  
Alternativen: Konzept des BUND, Bund Naturschutz und der Initiative „Das bessere Bahnkonzept“:  
Ausbau der fünf bestehenden Strecken München-Regensburg-Hof-Berlin; Nürnberg-Bayreuth-Hof-Berlin; Nürnberg-Lichtenfels-Probstzella-Berlin, Nürnberg-Coburg-Suhl-Erfurt-Berlin sowie Stuttgart-Würzburg-Schweinfurt-Erfurt-Berlin; insgesamt ca. 1.000 km  
geschätzte Kosten: 5,5 Mrd (BN)
4. **Trinkwassertalsprre Leibis**  
Gesamtbaukosten ca. 1,2 Mrd. DM (davon bereits verbaut: 300 - 500 Mio. DM)  
Betriebskosten p.a. zwischen 38,67 und 67,77 Mio (geschätzt Gutachtergremium 1995)  
Umlage über Gebühren und/oder Steuergelder (Zuschuß aus dem Landeshaushalt)
5. **Flughafen Erfurt**

Rolf Düber, DGB Landesbezirk Thüringen, Wirtschafts- und Strukturpolitik

## Wir brauchen die Umverteilung von Arbeit sowie den Ergebnissen der Arbeit.

Umverteilung von Fördermitteln hin zu Arbeitsplatzschaffern:

- **Wirtschaftspolitik muß Beschäftigungspolitik** sein: dh. wir brauchen eine Wirtschafts-, Wirtschaftsförder- und Steuerpolitik, die die Schaffung von Tarifarbeitsplätzen fördert und belohnt und nicht einseitig die Interessen der Kapital- und Vermögensbesitzer bedient.

Schutz und Umverteilung und von Ressourcen für die Zukunft:

- Künftiges, **nachhaltiges Wirtschaften** muß die Kosten von Umwelt und kommender Generationen berücksichtigen.

Umverteilung von Steuern zur Umweltsicherung:

- Eine **ökologische Steuerreform**, um einerseits regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und andererseits die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten der Produktion durchzusetzen.

Umverteilung von Produktionskosten:

- Entlastung der arbeitsintensiven Produktion von den arbeitnehmerabhängigen sozialen Kosten z. B. durch eine **Maschinensteuer oder eine Wertschöpfungsabgabe**.

Umverteilung von Steuerbelastungen:

- **Steuerpolitik muß gerecht sein**. Steuerflucht und besondere Vorteile für "Besserverdienende" sind abzulehnen.

Umverteilung von Fördermitteln zu Gunsten Betroffener:

- Staatliche **Förderpolitik muß transparent und überprüfbar** sein. Kriterien wie die Schaffung von Frauenerbeits- und Ausbildungsplätzen sowie umweltverbessernde Maßnahmen mit tarifgerechter Bezahlung sind der Maßstab des Steuermiteinsatzes.

Umverteilung von Arbeitszeiten:

- Eine massive **Verkürzung der Lebensarbeitszeit**, dh. z.B. eine umfassende Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden mit differenziertem Lohnausgleich zu Gunsten der unteren Lohngruppen. Die unteren Einkommen könnten steuerlich so entlastet werden, daß die Betroffenen netto keine Einbußen hätten.

Umverteilung von Arbeit und Lohn hin zu "Vollarbeitsplätzen":

- Die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse durch die zunehmende Etablierung von ungeschützten, **Geringverdiener-Beschäftigungen ist zu verbieten**, da das Beschäftigungsrisiko einmal mehr auf die Betroffenen übertragen wird und diese Beschäftigung zur Altersarmut führt. Solche Arbeitgeber sind umgehend von öffentlicher Förderung und öffentlichen Aufträgen auszuschließen.

Umverteilung hin zu mehr öffentlicher Beschäftigung:

- **Ausbau statt Abbau der öffentlich geförderten Beschäftigung**. Der "öffentlich geförderte Arbeitsmarkt" hat eine dauerhafte Existenzberechtigung, solange die gewerbliche Wirtschaft, die öffentlichen und privaten Haushalte nicht in der Lage sind in ausreichendem Maße und Qualität Erwerbsarbeitsplätze und damit Einkommensmöglichkeiten, dh. Vollbeschäftigung zu gewährleisten
- Statt den öffentlichen Sektor mit dem Argument mangelnder Kostendeckung zu zerschlagen muß der **öffentliche Sektor** ausgeweitet werden. **Gemeinnützige Wirtschaftsformen sowie Verbraucher- und Produzentengenossenschaften**.

Umverteilung von Geld für Ausbildungsbetriebe:

- Für die Jugend sind in ausreichenden Umfang und Qualität **Ausbildungsplätze** bereitzustellen. Um den Bedarf zu decken, ist aus Sicht des DGB die Einführung einer Umlagefinanzierung der nicht ausbildenden Unternehmen unabdingbar.

Umverteilung von Mitbestimmung:

- Die **Beteiligung der Arbeitnehmer/innen am Produktivvermögen** über Kapitalfonds, die aus Investivlöhnen und staatlichen Kapitalhilfen an Unternehmen gespeist werden. Über eine breitere Eigentumsstreuung kann die Macht der Spekulanten eingedämmt und zudem in Ostdeutschland der dringend erforderliche eigene Kapitalstock entwickelt werden.

Gerechte Umverteilung Angebot und Nachfrage zurück in die Region:

- Statt einseitig nur auf "**Globalisierung**" und Weltmarkt zu setzen sind die regionalen Stärken gezielt zu entwickeln und zu vernetzen. **Regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten** sind zu unterstützen, Initiativen "lokale Ökonomie" und "Wirtschaft von unten" sind zu fördern bzw. wiederzubeleben.
- "Globalisierung" darf nicht länger auf Kosten der Ökologie zum Export von Arbeitslosigkeit und zur Vernichtung von regionalen Wirtschaftsstrukturen in den sog. Entwicklungsländern führen. **Ein fairer Handel zwischen den Regionen muß die Chance zur eigenständigen Entwicklung bieten.**

Gerlinde und Martin Rambow

## **Diskussionspapier zum Alternativen Spar und Umverteilungsprogramm „Kein Geld für Rüstung, Militär und Krieg! „**

1.

„Mit Mut und Augenmaß in die Zukunft“, titelte „Das Parlament. Die Woche im Bundeshaus“ ( Nr. 39/ 19.09.97) im Bericht über die Rede von Finanzminister Waigel zum Bundeshaushalt '98. Bei einem Gesamtvolumen von 461,0 Mrd. DM sollen im Einzelplan 14 („Verteidigung“) 46,7 Mrd. DM eingestellt werden (=10,13 % „direkte Verteidigungsausgaben“, es gibt daneben noch nach NATO-Kriterien legitime „indirekte Verteidigungsausgaben“, die sich in den Haushalten anderer Ressorts verbergen, z.B. bei Forschung und Entwicklung, im Sozialhaushalt usw.)

Der Haushaltsentwurf 1998 sieht vor, täglich 1,122 Mio. DM mehr (im gesamten Jahr 409,7 Mio. DM mehr) für den Verteidigungshaushalt auszugeben als 1997. Nach wie vor ist der Verteidigungshaushalt nach „Arbeit und Soziales“ und dem Schuldendienst der drittgrößte Einzelhaushalt (46,7 Mrd. von 461,0 Mrd. = 10,13 %).

Zum Vergleich: Die Ausgaben für das Ministerium „Frauen, Jugend, Familie, Senioren“ betragen 11,7 Mrd. DM (ca. ¼ der Verteidigungsausgaben: sie sollen von '97 zu '98, im Gegensatz zum Verteidigungshaushalt, nicht steigen).

Die Ausgaben im Ressort „Wirtschaft“ werden von 16,6 Mrd. DM auf 16,1 Mrd. DM gesenkt; das ist eine Ausgaben-Verringerung um 1,37 Mio. DM täglich; noch mal zum Vergleich: Die Verteidigungsausgaben steigen um 1,122 Mio. DM pro Tag!).

Verglichen mit dem Haushalt „Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit“ erhält der Verteidigungshaushalt ca. 35mal soviel Geld, verglichen mit dem Gesundheitsministerium ca. 60mal soviel.

Der Haushalt „Entwicklungshilfe“ betrug '97 noch 7,7 Mrd. DM (16,6 % vom Verteidigungshaushalt, 1,67 % vom Gesamthaushalt). 1998 beträgt er noch 7,6 Mrd. DM (16,3 % vom Verteidigungshaushalt, 1,65 % vom Gesamthaushalt). der Weltgipfel 1992 in Rio „Umwelt und Entwicklung“ hatte gefordert, die Länder der Erde sollten 0,7 % BSP für öffentliche Entwicklungsleistungen aufbringen. Die Sondergeneralversammlung vom 23. bis 27. Juni 1997 stellte fest, daß die Leistungen der OECD-Länder auf den historischen Tiefstand von 0,27 % BSP gesunken sind (Deutschland 1995: 0,31 %. Zum Vergleich: Dänemark 0,9 % als OECD-Spitzenreiter, USA 0,1 % als Schlußlicht).

2.

Dies alles geschieht, obwohl die Akzeptanz des Militärischen in der Öffentlichkeit einem rasanten Schwund unterliegt. Dahinter steht ein ganzes Bündel von Erfahrungen:

- (1) Glaubwürdigkeit und Sinnhaftigkeit militärpolitischer Entscheidungen und militärischer Aktionen der letzten Jahre konnte nicht vermittelt werden (Somalia, Balkan usw.).
- (2) Deutschland ist von nicht-feindlichen Nachbarstaaten umgeben.
- (3) Die Bundesrepublik investiert nicht im gleichen Maße wie ins Militär in versuche und Modelle friedlicher Konfliktlösungen (z.B. Ziviler Friedensdienst).
- (4) Deshalb weckt die Bevorzugung des Militärs in der aktuellen Politik in der Bevölkerung Mißtrauen und zunehmend auch ungute historische Erinnerungen.
- (5) Die Erwartungen, die andere Länder und Weltregionen auf Deutschland richten, beziehen sich keineswegs nur oder vor allem auf militärische Aspekte und Handlungsmöglichkeiten, s.o.: Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit.
- (6) Die angebliche „Sicherung von Arbeitsplätzen“ ist eine Lüge: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind volkswirtschaftlich gesehen wesentlich teurer als in anderen Bereichen. Mit den gleichen Ausgaben, welche in der Rüstungsindustrie 35.000 Arbeitsplätze sichern würden, könnten in der Bauindustrie 76.000, im Gesundheitswesen 77.000 Arbeitsplätze, im Bildungswesen 100.000 Arbeitsplätze, im Öffentlichen Dienst 132.000 Arbeitsplätze geschaffen werden (lt. einer Studie aus dem US-Kongreß). Die „Sicherheit „ besteht also nur für die Konzerne, in deren Händen die Rüstungsindustrie überwiegend ist (in Deutschland vor allem DASA, Daimler-Benz).
- (7) Aktuelle Bedrohung geht für unser Gemeinwesen z.Zt. von den inneren Spannungen aus. DAS System der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist in der Krise. Es hat zu einer „entfesselten Marktwirtschaft“ mutiert, deren Kräfte ungebändigt in die falsche Richtung laufen. Ein innerer Bruch in die Gesellschaft steht nicht mehr

als drohende Entwicklung vor uns, sondern ist bereits eingetreten. Davon lenkt die Behauptung, es gebe außerhalb Feinde, gegen die wir uns verteidigen müßten, ab.

3.

Zunehmend mehr Menschen in unserem Land fragen die Verteilung der öffentlichen Gelder an. Die Proportionen zwischen militärischen und nichtmilitärischen Optionen der deutschen Politik sind gefährlich falsch.

Der Staat beläßt es dabei, einem verschwindet kleinen Prozentanteil der Bevölkerung die Möglichkeit der Verweigerung des Kriegsdienstes einzuräumen (Art. 4.3 GG). Er kann sich daran erfreuen, daß fast alle Bürger, sofern sie nur in irgendeiner Weise an Lebensvollzügen im Lande teilhaben, auf dem Weg über ihre Steuerzahlung die Unsummen für Militär und Rüstung mit aufbringen helfen.

Unser Steuerrecht ist z.Zt. so, daß der Bürger auf die Verteilung der Steuern, die er zahlt, keinen Einfluß hat („Budgethoheit des Parlaments“). Daher gibt es auch bisher keinen rechtlich geordneten Weg, Steueranteile für Militär und Rüstung zu verweigern (man kann freilich Niedrigerfestsetzung, Stundung oder Erlaß von Steuern, auch aus Gewissensgründen, beantragen).

Finanz- und steuertechnisch wäre es jedoch kein Problem, die Verwendung bestimmter Steueranteile der Entscheidung der Bürger zu überlassen (Beispiel Italien / Spanien: Kultursteuer).

Es ist deshalb in Deutschland anzustreben:

(1) Eine Ergänzung des Grundgesetzes: Parallel zu Art. 4,3 „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ ein neuer Art. 4,4: „Niemand darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, mit Steuern Militär und Rüstung zu finanzieren“.

(2) Ein entsprechend geändertes Steuerrecht muß dann die Umsetzung dieses Verfassungsgrundsatzes regeln.

Der Druck auf diese Entwicklung muß aufgebaut werden durch Steuerverweigerung Einzelner, durch Skandalisierung der Militär- und Rüstungspolitik und durch Aktionen Zivilen Ungehorsams (z.B. Aktionen bei der EUCOM-Zentrale; bei den in Deutschland befindlichen Atomwaffenlagern, welche nach einem Spruch des IGH Den Haag von 1996 Sitten- und völkerrechtswidrig sind; durch Entwicklung von „Wahlprüfsteinen“ für Politiker und Abgeordnete, z.B. im Zusammenhang mit der im November 1997 bevorstehenden Bundestags-Entscheidung über den Bau des „Eurofighter“...).

4.

Die Ökumenische Aktion „Steuern zu Pflugscharen“ setzt sich seit mehr 10 Jahren als Teil des „Netzwerkes Friedenssteuer“ für diese Zielstellung ein. 1993 wurde das „Netzwerk Friedenssteuer“ mit dem Friedenspreis der Stadt Aachen geehrt. Bisher wurden im Bundestag bereits drei Gesetzentwürfe zur Thematik der Militärsteuerverweigerung eingebracht; international arbeiten Gruppen und Netzwerke in mittlerweile 25 Ländern an dieser Thematik. Andere wichtige Initiativen und Kampagnen in diesem Zusammenhang: Ohne Rüstung Leben; Kampagne „Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen“; Kritische Aktionäre Daimler-Benz; Aktion Atomwaffen Abschaffen...

## „Auf dem Boden der FDGO?“ PolitikerInnen beim Wort genommen

### Wolfgang Fiedler

Am 25. August 1995 äußerte sich CDU-Landtagsabgeordneter Wolfgang Fiedler im Zusammenhang über die Frage eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer: „Vielleicht gehen wir noch soweit, jedem Asylbewerber die Morgenzeitung ans Bett zu bringen“. Daß diese Äußerung nicht als bloßer Fauxpas zu werten war, wurde deutlich, als der Herr Landtagsabgeordnete zum Thema der Einzelunterbringung vor Zeugen seine Zweifel kundtat, ob denn ein „Mann aus dem Busch“ mit einer deutschen Toilette umzugehen wüßte. (TA, 24.5.97)

Am 22.5.97 hatte Fiedler vor Feuerwehrleuten, zitiert in der Thüringer Allgemeinen, gesagt, „es könne nicht sein, daß für Ausländer und für Asylbewerber 170 Millionen ausgegeben würden und bei Feuerwehren gespart werde.“ Nach Auffassung des Ministerpräsidenten Vogel war diese Äußerung „nicht ausländerfeindlich“.

Die Ausländerfeindlichkeit des Landtagsabgeordneten Fiedler wird ebenfalls deutlich, als er sich bei der ersten Beratung zum Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz zu Wort meldete: „Gar nicht angesprochen ist die Frage, ob der Schutz der Asylbewerber vor Übergriffen und der Schutz der Bevölkerung vor Delikten, bei denen nun einmal nicht auszuschließen ist, daß sie von Asylbewerbern ausgehen, im Ergebnis zu mehr Kosten führen kann.“ Und weiter: „Ich habe natürlich gesagt, und dazu stehe ich auch, daß es nicht auszuschließen ist, daß gerade bei dezentraler Unterbringung sich das Wohnumfeld verschlechtert, daß es auch zu organisierter Kriminalität weiter kommen kann.“

### Helmut Roewer

„Hohe Zuwanderung, Jugendgewalt, organisierte Kriminalität und Massenarbeitslosigkeit können nach Ansicht des Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, zu einer ernsthaften Bedrohung der Gesellschaft werden.“, so TLZ vom 4.7.1997. Nach seiner Ansicht „würden die hohen Einwanderungszahlen von der Bevölkerung kritisch wahrgenommen und könnten sich wie in den achtziger Jahren in Wahlerfolgen für rechte Parteien niederschlagen. Angesichts sinkender Einwohnerzahlen wachse die Furcht vor vielen Fremden im Land.“ „Viele Fremde im Land“ heißt in Thüringen, daß auf 100 Personen eine Nichtdeutsche kommt. Es fragt sich, wie hoch der Ausländeranteil sein darf, den Herr Roewer der eingeborenen Bevölkerung „zumuten“ will.

Weiter so Roewer in der TLZ: „Die Einteilung in Rechts- und Linksextremismus sei längst überholt. Die meisten Gewalttätigen hätten kein festgefügtes Weltbild“.

### Hans-Peter Bodhun

Im April dieses Jahres hatte der Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Eisenach Roland Wanitschka gemeinsam mit zwei anderen Personen versucht, eine kurdische Familie vor der Abschiebung in die Türkei zu schützen, da dieser dort Inhaftierung und Folterung drohte. Aus diesem Grunde fuhr die Gruppe mit der Familie über die sog. „grüne Grenze“ nach Dänemark, wo diese die Möglichkeit haben sollte, einen neuen Asylantrag zu stellen. Die dänischen Behörden waren jedoch schneller und verhafteten die kurdische Familie und auch ihre Helfer. Folge der sog. „Fluchthilfe“ war eine Verurteilung zu 30 Tagen Haft und ein Einreiseverbot bis zum Jahr 2002 wegen Verstoßes gegen das dänische Ausländergesetz.

Nicht genug damit: Oberbürgermeister Hans-Peter Bodhun bewertete diese Initiative „als Mißachtung der Wertungsmaßstäbe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und kündigte dem Personalratsvorsitzenden außerordentlich. Durch diese Auflehnung gegen die Rechtsstaatlichkeit sei auch das Vertrauensverhältnis nachdrücklich beeinträchtigt. Unter diesen Umständen sei eine fristlose Kündigung die einzig tragbare Lösung.

Da der Personalrat die erforderliche Zustimmung zur fristlosen Kündigung verweigerte, war der OB gezwungen, die Zustimmung vom Verwaltungsgericht ersetzen zu lassen. In seiner Antragsbegründung führte der OB u.a. aus, daß Wanitschka durch diese Aktion „den Boden der Legalität verlassen“ und deshalb „die Berufung auf ihn schützende Rechte“ verwirkt habe.

Trotzdem bleibt Wanitschka in seinem Amt, da der zuständige Verwaltungsrichter dem Antrag des OB nicht stattgab, so daß die Kündigung nicht rechtmäßig war, leider nur aus formellen Gründen. Eine Entscheidung zur Sache wäre sicherlich für die weitere Rechtsprechung richtungsweisend gewesen.

### Saalfeld, Demo 11.10.97

Die für den 11. Oktober 1997 geplante Demo gegen Rechte Gewalt wurde, obwohl bereits am 23. Juli 1997 angemeldet, am 08. Oktober 1997 vom Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt verboten. In der Begründung des Bescheides vertritt das Landratsamt folgende Auffassung: „Unsere Prognose ist, daß es bei der Durchführung der Demonstration ... zu erheblichen unmittelbaren Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommen wird...“ Diese Prognose stütze sich auf folgende Erkenntnisse: Der Veranstalter sei „willens und bereit, erkennbar gewaltbereite Demonstrationsteilnehmer die

Teilnahme zu ermöglichen bzw. dabei haben zu wollen.“ Diese Schlußfolgerung zieht das Landratsamt aus der nach ihrer Ansicht gesicherten Erkenntnis, daß an der Demonstration Personen teilnehmen würden, „deren Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit hinreichend bekannt“ seien. Weiterhin werde „durch den aggressiven Stil der Aufrufe zur Demonstration“ Gewalt toleriert, die von der Demo ausgehen würde.

Auch „Erfahrungen aus der Vergangenheit würden die Prognose rechtfertigen, so das Landratsamt, daß es im Falle des Aufeinandertreffens von Links- und Rechtsextremisten zu Gewalttätigkeiten zwischen beiden Gruppierungen kommt“. Daraus ergebe sich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Durch die bisherigen Ankündigungen sei mit massiven Rechtsverstößen zu rechnen, diese stellten sich als „Ausübung des Versammlungsrechts zum Zwecke des Kampfes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ dar. Dieser „Grundrechtsmißbrauch“ sei nicht schützenswert.

Die Verbotsverfügung stellt auf der Grundlage unwahrer Behauptungen, insbesondere über die angebliche Gewaltbereitschaft und Verfassungsfeindlichkeit der DemonstrationsteilnehmerInnen, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Frage. Die Verbotsverfügung des Landratsamtes stellt indes nur den Höhepunkt dessen dar, was sich im Vorfeld auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene ereignet hatte.

#### **Dr. Thomas**

Für den Landrat Dr. Thomas ist es: „... als Behördenleiter nicht hinnehmbar“, daß die Anmelder der Demonstration für den 11.10.97, „...das Landratsamt durch Ihre Veröffentlichungen verächtlich machen“, weil der Aufruf u.a. die Forderung beinhaltet, rechte Gewalt und den rechten Konsens in Saalfeld und anderswo nicht zu verharmlosen.

#### **Bürgermeister Beetz**

Der Saalfelder Bürgermeister Richard Beetz mutmaßt nach TLZ vom 10.9.97 eine „ferngesteuerte Aktion, die mit den wirklichen Verhältnissen in Saalfeld wenig zu tun habe“.

Zu Beginn eines Gesprächs mit den Aufrufern im Vorfeld der Demo sagte Bürgermeister Beetz nach OTZ vom 30.09.1997: „Ziel müsse sein, die Demo abzusagen, um noch größeren Schaden von der Stadt abzuwenden. ...es seien über Saalfeld bundesweit Unwahrheiten verbreitet worden.“ Worin diese bestehen, kann indes nicht nachgewiesen werden.

Der Saalfelder Stadtrat ist besorgt um das Ansehen der Stadt und forderte mit mehrheitlichen Beschluß in einem offenen Brief das Ordnungsamt auf, die Demo zu verbieten. „Mit dem bundesweit verbreiteten Aufruf sei der Stadt Saalfeld und ihrer Region bereits im Vorfeld der Demonstration ein beträchtlicher, nicht wieder gut zu machender, öffentlicher, politischer, sozialer und letztlich auch wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden.“ (OTZ, 10.9.97)

#### **Polizeidirektor Kick**

Polizeidirektionschef Günther Kick spricht, nach TLZ Angaben v. 10.9.1997, „von weitgehender Ruhe in der Region und meint, daß das größere Problem die linksextremistischen Straftaten seien.“

#### **Dr. Richard Dewes**

Nach OTZ v. 19.9.97 erklärte Innenminister Richard Dewes, „Er habe den Veranstaltern nahegelegt, ihre Anträge zurückzuziehen. Es seien tätliche Auseinandersetzungen zu befürchten. Allerdings habe die Landesregierung keine Anhaltspunkte, die auf ein günstiges Klima für Rechtsextreme im Raum Saalfeld/Rudolstadt schließen ließen, so Dewes.“ Dies entgegen der Erkenntnisse des Thüringer Verfassungsschutzes, der eine Zunahme rechtsextremer Aktivitäten (ND, 6.10.97) sowie eine überproportionale Zahl rechtsextremer Straftaten im Raum Saalfeld registrierte.

Die Meinung Bock's, Vorsitzender des Landtagsinnenausschusses, daß die Forderungen der Demoaufreuer den gesamten Landkreis diskreditieren, wurde auch von Innenminister Dewes geteilt.

Nach Erlaß des Demo-Verbotes sagte Innenminister Dewes, daß er mit einem massiven Polizeiaufgebot „Thüringer-Chaostage“ verhindern werde. Wie dies praktisch umgesetzt wurde, wissen wir.

#### **Helmut Roewer**

In einem MDR-Interview wird der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Helmut Roewer zu den Morddrohungen, die gegen einen Anmelder der Demonstration ergingen, wie folgt zitiert: „Das Landesamt für Verfassungsschutz nimmt die Anrufe durchaus ernst. Allerdings, so Helmut Roewer, seien Drohanrufe üblich in der rechten und linken Szene - und das wechselseitig. Ansonsten gelte für alle, die sich politisch aus dem Fenster hängen würden, daß sie mit Anrufen von „Spinnern“ rechnen müßten.“ (Skript des MDR Radio Thüringen, 21. August 1997)

## **Diskussionspapier - Entwurf Abschlusserklärung 8.11.97**

### **Für eine neue Politik gegen Rechts!**

Die Industrie hat sich zu Wort gemeldet: Sie fordert eine andere Republik und wird von Regierungspolitikern in der Auffassung unterstützt, Demokratie sei ein überflüssiger Luxus. Die Zerstörung des Sozialstaates und der rechte Konsens sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Während rechte Gewalttäter immer mehr Menschen bedrohen, warnt die selbsternannte gesellschaftliche Mitte vor "links und rechts gleichermaßen" und offenbart dabei den Verlust politischer Orientierung: Antifaschismus und Holocaustleugnung - beides sei gleichermaßen zu behandeln.

### **Statt Resignation vor ökonomischen Sachzwängen: Politik für existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung**

Die globale Ökonomie des späten 20ten Jahrhunderts begrenzt die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Politik, insbesondere im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Konjunkturpolitik. Diese Sachzwänge sind jedoch nicht naturgegeben, sondern entspringen den Verwertungsinteressen des globalen Kapitalismus. PolitikerInnen, die Sachzwänge feststellen, aber nicht gegen diese handeln, sind in der Politik fehl am Platz. Sie nutzen das Sachzwang-Argument lediglich, um den Armen zu nehmen und den Reichen zu geben. Sie müssen auch verantworten, daß sich immer mehr Menschen zu Recht fragen, warum sie sich in Politik einmischen sollen, die vor sich selbst kapituliert; oder aber nach neuen - vorwiegend rechten - Heilslehren suchen.

#### **Wir fordern von der Politik und mischen uns ein für:**

- existenzsichernde, sozial geschützte Arbeit für Frauen und Männer, unabhängig ihrer Herkunft oder Nationalität;
- neue und gerechte Verteilung der Arbeit durch radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei differenziertem Lohnausgleich zu Gunsten niedriger Lohngruppen;
- Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit, verpflichtet zu ökologischer Nachhaltigkeit;
- Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, die jedem Menschen eine eigenständige Existenzsicherung und Lebensführung ermöglicht;
- medizinische Versorgung und eine existenzsichernde Rente unabhängig vom Einkommen;
- Wer nicht ausbildet, muß zahlen!
- ein demokratisches Bildungs- und Hochschulwesen - schulische und außerschulische Bildung dürfen kein Privileg Kinder vermögender Eltern sein!

### **Statt Rechtsentwicklung und Repression: Demokratie und Partizipation**

Auf die explosive Mischung von Verarmung und Frustration antworten immer mehr PolitikerInnen aller Parteien, auch der Opposition, mit dem Ruf nach dem starken Staat. Programme zur Säuberung der Städte von Punkern, Bettlern, Junkies und Ausländern werden in Städten mittels Landesgesetze umgesetzt.

Mit dem richtigen Gespür für Macht vereinen sozialdemokratische PolitikerInnen die Kritik an der Bundesregierung mit politischen Konzepten, die diese populistisch überholen. Der Thüringer Innenminister Dr. Dewes fordert als Unterzeichner der Erfurter Erklärung auf, "aus der Zuschauerdemokratie hervorzutreten". Kaum mischen sich Jugendliche kurze Zeit später in Saalfeld in die Politik ein, finden sie sich in den Händen polizeilicher Sondereinsatzkommandos und kurze Zeit später im Gefängnis wieder. AsylbewerberInnen, die Proteste gegen die Bedingungen in ihren Unterkünften organisieren, werden mit Polizeiaufgebot zwangsumverteilt.



**Wir fordern:**

- Demokratische Beteiligung Aller an gesellschaftlichen Entscheidungen, z. B. durch Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, bei Respektierung von Minderheitenrechten;
- Parlamentarische Kontrolle der Regierung und der Sicherheitsdienste in der Bundesrepublik und in Europa;
- Erweiterung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in Betrieben, Schulen und Hochschulen, in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik;
- Innere Abrüstung! Das Grundrecht, gegen die Politik der Herrschenden zu argumentieren, protestieren und demonstrieren, darf nicht durch repressive Polizeigesetze und Lauschangriffe eingeschränkt werden.

**Statt Rassismus, Chauvinismus und Ausgrenzung: Gleichstellung und Schutz von Minderheiten**

Deutschland ist wieder wer. Es zeigt sein neues Selbstbewußtsein in Springerstiefeln auf dem Balkan, in Lübeck und Rudolstadt. Das Klima in Deutschland hat sich geändert: "Damals (vor 10 Jahren) war das Asylrecht nur angeschlagen, aber noch nicht beseitigt. Die Visumpflicht für Kinder wurde gerade eingeführt, aber die Kinder aus der Türkei, Tunesien, Marokko und Jugoslawien waren noch ausgenommen. Soeben wurde die Visumsfreiheit auch für sie gestrichen. Damals, vor zehn Jahren, wurde gerade ein neues Ausländerrecht geschrieben, es war scharf, aber noch nicht geschärft. Damals gab es auch noch ein paar Politiker in den Regierungsparteien, die vor einem 'Wettkampf der Schäßigkeit' warnten, heute ist dieser Wettkampf europaweit in vollem Gang." (Heribert Prantl).

**Wir fordern besonders:**

- Die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und eine Abkehr von der Abschottungs- und Abschreckungslogik;
- Stopp der Militarisierung der deutschen Außenpolitik.
- Aufhebung aller Gesetze, die ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik diskriminieren;
- Eine solidarische Annahme ungenormter Lebensformen. Keine Fremdbestimmung über oder Eingriffe an einwilligungsunfähigen Menschen, daher Ablehnung der Bioethik-Konvention.
- Ein Antidiskriminierungsgesetz, das die Rechte der/des Einzelnen unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und Lebensform vor Benachteiligung schützt;
- (Frei-)Räume für emanzipatorische Jugendarbeit

**Bis hierher ist schon viel zu weit! Es reicht nicht aus, die Politik des Jahres 1997 einzufrieren. Viele Gesetze und Maßnahmen insbesondere in der Ausländer- und Asylpolitik müssen von einem neuen Bundestag aufgehoben werden.**

**Legitim ist nicht immer legal! Wo Recht zu Unrecht wird, wird *Widerstand* zur Pflicht!**

**Wir mischen uns ein! Die UnterstützerInnen der Erfurter Erklärung rufen wir auf, mit sozialen Bewegungen, Menschenrechtsinitiativen, Gewerkschaften, Antifa- und antirassisches Initiativen gegenüber SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS Druck zu entfalten, damit nicht nur eine andere Regierung, sondern auch eine andere Politik kommt.**

**Wir lassen uns nicht vertreten! Wir fordern auf zur breiten Beteiligung an einer bundesweiten Demonstration in Saalfeld gegen den rechten Konsens und gegen die Einschränkung demokratischer Grundrechte.**